Donnerstag, 17. November 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 40 Pf.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 530 * Ausgabe B Nr. 263
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 530

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Amerikas Wünsche im fernen Osten.

Um das englisch-japanische Bündnis.

Räumung Schantungs und Sibiriens. — Offene Tür in China und Entfestigung der Häfen im Stillen Ocean.

(Privat-Funkentelegramm des „Berliner Tageblatt.")

Z Washington, 17. November.

Die Möglichkeit, daß Staatssekretär Hughes zur Lösung der Probleme des fernen Ostens sensationelle Vorschläge unterbreiten werde, wird hier mehr und mehr bestritten. Man hält es für mehr wahrscheinlich, daß vor **der Aufstellung eines Programms eine Fühlungnahme mit den übrigen im fernen Osten interessierten Mächten stattfindet,** um den Ausbruche eines allzu schweren Konfliktes vor der Oeffentlichkeit von vornherein zu verhüten.

Auch Japan hält mit seinen Lösungsvorschlägen für die Fragen des fernen Ostens einstweilen zurück und nimmt eine abwartende Haltung ein, um sich über die Stellungnahme der einzelnen Abordnungen zu vergewissern. Dementsprechend haben in der gestrigen Sitzung die Japaner die Ausführungen des chinesischen Delegierten Wellington Koe unbeantwortet gelassen, obwohl dessen Forderungen nach Wiederherstellung der vollen chinesischen Souveränität über Mandschurei und Mongolei in erster Reihe Japan angehen.

Die unmittelbaren Verhandlungen zwischen Amerika und Japan über das Mandat über die Insel Yap haben zu einer Verständigung geführt. Es soll jedoch darüber solange nichts bekannt gegeben werden, bis die vereinbarte Neuregelung die Billigung der Unterzeichner des Versailler Friedensvertrages gefunden hat. Einstweilen soll Japan als Besitzer der Insel gelten.

Im Repräsentantenhause hat das Mitglied der Marinekommission Britton beantragt, den für den Bau von neun Panzerschiffen und sechs Schlachtkreuzern bewilligten Kredit rückgängig zu machen.

Von zuverlässiger Seite erfährt der Vertreter des „United Telegraph" noch, daß das Staatsdepartement zwar vorläufig nicht beabsichtige, der Konferenz sofort von sich aus ein Programm zur Lösung der Fragen des fernen Ostens vorzulegen, daß es sich aber über die von Amerika zu vertretenden Forderungen bereits schlüssig gemacht habe. **Demnach würde Amerika eintreten für eine Aufhebung oder Umwandlung der englisch-japanischen Allianz sowie für Räumung Schantungs und Sibiriens durch Japan.** Ferner müßte Japan auf die ihm durch den Lansing-Ishii-Vertrag im Jahre 1917 in China zugestandenen Vorrechte verzichten. Weitere Forderungen Amerikas sind: Die Aufgabe der Einflußsphären, die England, Japan und Frankreich und andere Nationen in China besitzen, sowie die Verpflichtung aller in China wirtschaftlich interessierten Nationen, künftig den Besitz von Privatgütern, insbesondere Eisenbahnen, auf chinesischem Gebiet keinesfalls mehr politischen oder militärischen Rechten gleichzuachten. Amerika wünscht ferner ein Abkommen, das Bürgschaften dafür einsetzt, daß der Nachtbesitz an chinesischen Häfen, wie ein solcher für England in Wai-Hai-Wai, für Japan in Tsingtau besteht, in keiner Weise die territoriale Souveränität Chinas verletze. Endlich gedenkt das Staatsdepartement eine **Entfestigung der Häfen des Stillen Ozeans** zu beantragen. Die Vereinigten Staaten würden sich bereit erklären, die Befestigungen auf den Philippinen Guam, Hawaij und Samoa zu schleifen, wenn andererseits Japan sich verpflichte, auf den ihm gehörigen Inseln im westlichen Stillen Ozean keine Befestigungen anzulegen.

London, 16. November. (W. T. B.)

Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" auf der Washingtoner Konferenz meldet, man habe plötzlich die Schwierigkeiten der Probleme des fernen Ostens erkannt und gerüchtweise verlautet, daß von seiten der britischen und sogar der japanischen Delegation Vorstellungen erhoben worden seien. Staatssekretär Hughes sei jedoch nicht der Mann, der sich von seinem Ziele leicht abbringen ließe. Er sei vielmehr bereit, auch in dieser Frage so mutig zu handeln, wie in der Abrüstungsfrage, wenn er dazu getrieben werden sollte. Die Gefahr bestehe, daß die Konferenz wegen dieser heiklen Fragen auf den toten Punkt komme. Hughes werde alsdann ohne Zögern die gesamte Frage vor die Meinung der Welt bringen. Es sei jedoch sehr wahrscheinlich, daß Japan zu allerezt mit einem durchdachten Plan hervortreten werde. Es sei von vitaler Bedeutung für Japan, daß die Lösung dieses Problems gefunden werde, das Japan mit Isolierung und vielleicht sogar mit Krieg mit dem Westen bedrohe. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" ist jedoch der Ansicht, daß, wenn Staatssekretär Hughes dafür eintreten sollte, daß China das gesamte Gebiet von Großchina umfasse, so weit es nicht endgültig veräußert worden sei, es schwierig sein würde, die bedingungslose Zustimmung Japans dazu zu erhalten. Wie der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" außerdem meldet, ist das japanische Marineamt wegen der britischen Forderung in der U-Bootfrage in Verlegenheit. Es herrscht die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten ein besonderes Interesse daran hätten, die U-Bootswaffe beizubehalten, da Unterwasserfahrzeuge die beste Verteidigungswaffe seien, die die Vereinigten Staaten besäßen.

Paris, 17. November. (W. T. B.)

Millet kabelt dem „Petit Parisien" aus Washington, es wäre ein Irrtum, sich einbilden zu wollen, Frankreich könne die Rolle des Schiedsrichters bei einer angeblichen Meinungsverschiedenheit zwischen England und Amerika spielen. Wie schon früher, als Wilson und Lloyd George sich vor der Friedenskonferenz über die Freiheit der Meere und die deutschen Kolonien geeinigt hätten, scheine das englisch-amerikanische Einverständnis über die Frage der Seeabrüstung und über den fernen Osten leicht zustande zu kommen, wenn es nicht bereits längst erfolgt sei. Millet fürchtet auch nachzuweisen, daß Frankreich nicht hoffen könne, etwa in ein englisch-amerikanisch-japanisches Einverständnis über den Pazifischen Ozean einzutreten. Er dementiert aber in offiziellem Auftrag die Nachricht, man habe Briand den Gebrauch der französischen Seestützpunkte in Indochina angeboten. Die Rolle Frankreichs auf der Konferenz sei zweiten Ranges, deshalb könne sie aber doch nützlich sein.

Siehe auch Seite 2.)

Der „Skandal von Péronne".

Von unserem Korrespondenten

Paul Block.

Z Paris, im November.

Es gibt schon wieder einen Skandal zwischen Frankreich und Deutschland: den Skandal von Péronne. Der „Eclair" hat ihn entdeckt und macht eine große Angelegenheit daraus, während die übrige Presse, die zum Teil der ewigen Skandale müde zu sein scheint, vorläufig noch ihre Aeußerungen zurückhält.

Was ist geschehen? Die aus Vertretern der deutschen und der französischen Gewerkschaften zusammengesetzte Kommission, die den Aufbau von elf Dörfern im zerstörten Gebiet als ersten Versuch gemeinsamer Arbeit der beiden Völker unternehmen will, hat in Péronne zusammen gespeist, und dabei sind von einem Deutschen und einem Franzosen Reden gehalten worden, die der „Eclair" eben skandalös findet. Die deutschen Delegierten waren die Herren Silberschmidt, Wagner und Sassenbach, von den französischen Arbeiter- und Ingenieurvereinigungen nahmen Marcel Laurent, der Architekt Lagache und der Ingenieur Roger Francq teil. Bei der Tafel sprach Sassenbach, „dem vielleicht der französische Wein zu Kopf gestiegen war", wie der „Eclair" liebenswürdig voraussetzt, einige Worte. Er sagte nach dem Bericht des „Journal d'Amiens", daß in Deutschland der Eindruck bestehe, man könne in gute Beziehungen zu den Engländern, den Italienern und den Belgiern kommen, aber nicht zu den Franzosen. „Wir hören in Deutschland nur die Stimmen von Poincaré, von Foch, von Lefèvre. Und doch haben wir den besten Willen, mit den Völkern der Entente gemeinsame Arbeit zu tun. Wir glauben noch immer daran, daß das möglich sein wird." Herr Sassenbach gibt dann weiter der Hoffnung Ausdruck, daß dieser erste Besuch weitere gute Folgen haben werde. Er sagt: „Wir werden alles tun, um Deutschland über die wahren Empfindungen des französischen Volkes aufzuklären. Wir bitten Sie, das Gleiche in Frankreich zu versuchen, damit die Franzosen erfahren, wie die Arbeiter in Deutschland denken."

Auf diese Rede erwiderte der Franzose Marcel Laurent, daß in Deutschland ein großer Irrtum über die wahren Empfindungen des französischen Volkes bestehe. „Die Stimmen Poincarés und Lefèvres sind nicht Stimmen des Volkes. Sie, meine Herren, sind als Deutsche in eine Gegend gekommen, die unter dem Krieg am schwersten gelitten hat, und Sie sehen, daß Sie freundlich empfangen worden sind. Wir wollen den Graben, der uns noch trennt, ausfüllen, indem wir gemeinsam am Aufbau der Ruinen arbeiten. Wir wissen, was Deutschland jetzt leidet, aber Sie dürfen nicht vergessen, was wir Franzosen gelitten haben und noch leiden. Sie finden den Friedensvertrag zu hart, weil er von denen, die ihn durchführen sollen, mehr nach dem Gefühlen des Hasses als im Gefühl des notwendigen Aufbaus angewandt wird. Wir wissen, daß der Militarismus bei uns wieder Fuß zu fassen versucht. Wir tun alles, um ihn zu bekämpfen, und erwarten, daß ihr Deutschen in eurem Lande das Gleiche tut."

Das sind in ihren wesentlichen Teilen die beiden Reden, die im „Eclair" der „Skandal von Péronne" genannt werden. Dem Deutschen wird vorgeworfen, daß er in Péronne, „wo nach Hindenburgs Wort „die Wüste des Todes" sein sollte" Poincaré und Foch „insultiert" habe. Herr Sassenbach habe „die deutsche Barbarei" und die Tartufferie der Sozialdemokratie proklamiert."

Wer solche unsinnige und unwahre Behauptungen in einer französischen Zeitung liest, weiß nicht, ob er lachen oder sich ärgern soll. Weder der Deutsche noch der Franzose haben ein Wort gesagt, das ihnen selbst oder ihren Ländern oder der Zivilisation oder der Gerechtigkeit Unehre macht. Wo ist in Sassenbachs Worten etwas von Barbarei, wo eine Beschimpfung Poincarés oder Fochs zu finden? Allerdings nehmen, wie schon zu Anfang erwähnt wurde, die anderen Blätter von diesem neuen und in dieser Stunde besonders unzeitgemäßen Hetzversuch vorläufig keine Notiz. Der „Skandal von Péronne" ist bisher nur ein Skandal des „Eclair."

Dennoch gibt es jetzt so etwas wie einen Skandal, der mit dem Aufbau zusammenhängt, aber an diesem Skandal tragen weder die deutschen, noch die französischen Arbeiter die Schuld. Es ist sogar noch nicht erwiesen, daß wirklich etwas Tadelnswertes vorliegt, obgleich die Mitteilungen der französischen Presse eine solche Vermutung sehr nahe legen. Der mutige und menschliche Versuch der französischen und deutschen Verbände, mit dem Aufbau von elf Dörfern im Sektor von Chaulnes einen Anfang zu machen, stößt nämlich auf Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten gehen, wie es scheint, von dem Minister für den Aufbau, Herrn Loucheur, aus. Es muß aber betont werden, „wie es scheint". Denn Herr Loucheur ist ein sehr kluger und vorsichtiger Herr, dessen eigentliche Beweggründe nicht immer sofort zu durchschauen sind. Nach Informationen, die ich für zuverlässig halte, ist die Darstellung dieser Angelegenheit, wie sie von einigen Zeitungen nationalistischer Tendenz gegeben wird, in einigen Punkten nicht richtig.

Herr Loucheur hat, wie gemeldet worden ist, die deutschen und die französischen Abordnungen empfangen und ihnen zunächst gesagt, daß er grundsätzlich mit ihrem Plane einverstanden sei; er müsse nur noch eine Erklärung darüber abwarten, ob die Bewohner der zerstörten Dörfer selbst mit der deutschen Hilfe zufrieden wären. Vor einigen Tagen sind nun die Vertreter der französischen Arbeiter — die Deutschen waren diesmal nicht

Die Forderungen der Reparationskommission.

Die Januarrate ohne Abzüge und ohne Aufschub.

Der bisherige Bescheid der Reparationskommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Z Paris, 17. November.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" berichtet, daß die Reparationskommission der deutschen Regierung erklärt habe: Die Untersuchungen über die wirtschaftlichen und Finanzverhältnisse des Deutschen Reiches hätten ergeben, **daß Deutschland die Januarrate ohne Abzug zahlen könne. (!)** Die deutsche Industrie müsse der Regierung durch Hergabe der fremden Devisen, die sich im Besitz der Großindustrie befinden, zu Hilfe kommen. Die Großindustrie hätte sich zu entscheiden, ob sie diese Hilfe aus eigenem Willen leisten wolle, oder ob sie es vorziehe, durch den Druck der Alliierten und die von der Regierung vorgeschlagenen Beschlagnahme des Privatbesitzes (?) gezwungen zu werden.

*

Wir haben Grund zu der Annahme, daß diese, natürlich von den französischen Mitgliedern der Kommission inspirierte Meldung des „Echo de Paris" die Anschauungsweise der Reparationskommission ungefähr richtig wiedergibt. Die Kommission stellt sich auf den Standpunkt, daß sie nur nach Berlin gekommen sei, um hier Garantien für die pünktliche Zahlung der nächsten Raten zu erlangen, und daß sie darüber hinausgehende Befugnisse gar nicht habe. Sie verweist tatsächlich auf die fremden Devisen, die der Großindustrie zur Verfügung stehen, nur daß sie leider nicht die Mittel und Wege an, durch die es der Reichsregierung möglich werden könnte, das Vorhandensein dieses Besitzes festzustellen. Auf deutscher Seite sieht man nicht, worin die Garantien bestehen könnten, die für die nächsten Zahlungen zu bieten wären, und es ist äußerst bedauerlich, daß die Reparationskommission ihre Aufgabe in engen Grenzen hält und nicht imstande zu sein scheint, der wahren finanziellen Situation Deutschlands, die ja von hervorragenden ausländischen Sachkennern durchaus richtig beurteilt wird, Rechnung zu tragen.

*

Wie wir hören, fand heute vormittag beim **Reichskanzler eine Besprechung** der an der Reparationsfrage beteiligten Ressorts statt. Anwesend waren neben dem Reichskanzler selbst der Reichsfinanzminister Hermes, der Reichswirtschaftsminister Schmidt, die Staatssekretäre Schröder, v. Simson und Hirsch, sowie eine Reihe weiterer leitender Beamter der drei Reichsministerien. Beschlüsse sind in den Besprechungen mit der Reparationskommission noch nicht gefaßt worden. Man wird sich noch einige Tage gedulden müssen, bis die Sachlage im ganzen übersehen werden kann.

*

Wie wir hören, ist der **Londoner Bankier Kindersly** in Berlin eingetroffen. Er wird mit Finanz- und Bankkreisen Fühlung nehmen. Man nimmt an, daß es sich bei diesen Besprechungen unter anderem auch um Erörterung der Kreditfrage handelt.

*

Im Anschluß an das in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichte Telegramm aus Washington über die Ernennung des bisherigen amerikanischen Kommissars in Berlin Dresel zum Geschäftsträger erfahren wir, daß nunmehr auch von deutscher Seite ein **Geschäftsträger für Washington** ernannt werden wird. Wahrscheinlich wird dieses Amt dem Legationsrat v. Thermann übertragen werden, der sich vor kurzem bereits nach Washington begeben hat. Die Ernennung eines deutschen Botschafters für Washington wird so lange zurückgestellt werden, bis amerikanischerseits ein Botschafter für Berlin bestimmt sein wird. Es bestätigt sich der Eindruck, den wir vor einigen Tagen an dieser Stelle schon wiedergegeben haben, daß nämlich zunächst beide Regierungen sich mit der Ernennung von Geschäftsträgern begnügen und mit der Einsetzung von Botschaftern noch kurze Zeit warten werden.